

– Zuversicht, daß Gott diejenigen, die sich allzu oft kleingläubig selbst aufgeben, nicht aufgegeben hat und nicht aufgeben wird, sondern weltweit neu für seine Sendung zurüsten möchte, kennzeichnet den Beitrag von *Gert Rüppell*, Deutsch-Finne und Stabsmitglied der die Weltmissionskonferenz in Brasilien organisatorisch vorbereitenden Einheit II des ÖRK.

Versöhnung braucht auch tastende Schritte, um zu ergründen, ob und inwieweit das Lebenszeugnis Dietrich Bonhoeffers, von dem die meisten von uns noch zehren, ideologisch instrumentalisiert wurde. Das leistet der Beitrag von *Lutz Motikat* aus der Berliner Studien- und Begegnungsstätte der EKD. Wer den Vorgang, daß Versöhntsein in Christus Einsicht in eigene Holzwege freigibt, nun seinerseits zeitgeschichtlich instrumentalisieren möchte, dem ist mit dem englischen Hosenbandorden zu sagen: honny soit qui mal y pense.

Im übrigen korrespondiert solchem Tasten durchaus die fröhliche Gewißheit, mit der sich evangelische Kommunitäten von Heute mit den Gemeinschaften frühchristlicher Zeit und der Alten Kirche verbunden wissen (*Franziskus Chr. Joest*, Christusbruderschaft Gnadenthal).

Hans Vorster

~~–Stichwort Versöhnung (3)–~~

Arbeitslosigkeit und Versöhnung – ein Widerspruch?

VON URSULA ENGELN-KEFER

Es ist schon fast ein geflügeltes Wort geworden: „Arbeitslosigkeit spaltet“.

In diesen Monaten hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf über vier Millionen erhöht. Insgesamt suchen in Deutschland mehr als sechs Millionen Menschen eine reguläre Beschäftigung. Haben wir tatsächlich eine gespaltene Gesellschaft? Gespalten, das wäre das Gegenteil von Versöhnen.

Die Arbeitslosigkeit ist eine existentielle Frage, eine Frage an unser „Mensch sein“. Da wir nicht mehr in einer Agrargesellschaft leben, in der jeder durch seiner Hände Arbeit auf dem Acker seinen Lebensunterhalt erwirtschaften kann, sind alle Menschen auf Arbeit angewiesen, die sie in der Regel nicht selbst beschaffen können. Für die meisten Menschen gibt es in der

modernen Industriegesellschaft keine andere Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Arbeit ist nicht nur ein Mittel zur Beschaffung des Lebensunterhaltes, sondern auch Lebensinhalt und Selbstverwirklichung.

Wir lassen keinen verhungern, aber wir schaffen Abhängigkeiten. Auch Sozialleistungen sind für viele eine ungewollte Abhängigkeit. Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit empfinden viele Menschen als Beeinträchtigung ihrer Menschenwürde.

Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden. Eine Versöhnung mit der Arbeitslosigkeit kann es nicht geben. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß mehr als 10% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom wirtschaftlichen Leben ausgegrenzt sind.

Auch wenn durch Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ein gewisser Mindeststandard zum Leben angeboten wird, sind Arbeitslose von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Arbeitslosigkeit führt zur Isolation, in vielen Fällen zur Vereinsamung und zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.

Gerade in den neuen Bundesländern wird Armut und Arbeitslosigkeit in besonderem Kontrast gesehen zu Reichtum und Verschwendung. Besonders die Gruppe der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer empfindet diese Situation als bedrückend. Einerseits haben sie 30 Jahre in dem „sozialistischen System“ hart gearbeitet, andererseits werden sie jetzt vom „marktwirtschaftlichen System“ ausgegrenzt. Sie empfinden sich im doppelten Sinne als Verlierer.

Dieser Widerspruch ist für viele unerträglich. Die Armut des einen bedingt den Reichtum des anderen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt von Jahr zu Jahr zu, andererseits steigen die Aktienkurse und Gewinne. 10% der Haushalte in Deutschland besitzen ein Geld- und Immobilienvermögen von rund drei Billionen DM. Das ist mehr als die Hälfte des insgesamt verfügbaren Privatvermögens. Dies ist eine Provokation für alle, die ein Gesellschaftssystem anstreben, das auf Gerechtigkeit aufgebaut ist.

Bisher waren wir stolz darauf, diesen Widerspruch einigermaßen gelöst zu haben. Wir hatten nie extreme Armut in Verbindung mit extremem Reichtum, wie es in einigen Staaten der sogenannten Dritten Welt zu beobachten ist. Unser System nennt sich „soziale“ Marktwirtschaft und soll die Interessen von arm und reich einigermaßen ausgleichen.

Aber dieser Konsens schwindet zunehmend. Es ist schick, seinen Reichtum zur Schau zu stellen und Arme werden als belästigend empfunden. „Jeder ist sich selbst der Nächste“ ist das Motto des Zeitgeistes.

Armut kann durch Sozialleistungen nur zum Teil bekämpft werden. Wir brauchen auch eine andere Verteilung des Vermögens. Wir brauchen eine andere Verteilung von Arbeit und Einkommen. Dies kann nur erreicht werden, wenn der Staat weiterhin korrigierend eingreift in unser Wirtschaftssystem. „Wirtschaft“ kann und darf nicht nur in der Wirtschaft stattfinden, sondern die freie Marktwirtschaft braucht die Korrektur des Staates. Dieser Aufgabe muß sich die Politik stellen, es gehört zu ihrer ureigensten Aufgabe. Das gilt auch unter globalen Wettbewerbsbedingungen. Wenn wir diesen Grundsatz aufgeben, dann hat der Kapitalismus gesiegt; dies wurde bisher als unvereinbar mit der christlichen Ethik angesehen. Und das ist gut so.

Zunehmend gewinnt man den Eindruck, daß insbesondere die Unternehmen(er) sich von diesem gesellschaftlichen Konsens verabschiedet haben. Eine neue Generation ist am Ruder. Diese hat nur gelernt, in betriebswirtschaftlichen Kategorien zu denken. Der internationale Wettbewerb ist der Rahmen, der Mensch ist in diesem Gefüge nur ein Kostenfaktor. Bei Bedarf müssen Kosten gesenkt, d.h. Menschen entlassen werden. Die Aktionäre sind nur an ihrer Rendite interessiert. Die dahinter stehenden Schicksale interessieren sie nicht. Diesem Denken müssen wir einen anderen „Zeitgeist“ entgegensetzen. Wir brauchen eine neue Solidarität. Die Gewerkschaften setzen unter anderem auf ein *Bündnis für Arbeit*. Hierüber wollen sie auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch kommen. Bündnis heißt, es muß ein Geben und Nehmen sein. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten auf Einkommenszuwächse gegen die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Damit wird eine echte Umverteilung der Arbeit eingeleitet.

Die gesellschaftliche Unterstützung für dieses Bündnis für Arbeit ist erstaunlich groß. Aus Umfragen wissen wir, daß fast zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit sind, für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auf Lohnzuwachs zu verzichten. Ein nicht unerheblicher Teil ist sogar bereit, auf einen Teil seines jetzigen Einkommens zu verzichten. Dies ist ein Ausdruck praktischer Solidarität. Versöhnung und Zusammenhalt gegen Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit.

Es mag sein, daß dieses Bündnis noch nicht ausreicht. Auf jeden Fall ist ein Prozeß ausgelöst worden, der gesellschaftliche Veränderungen einleiten wird. Zunehmend werden sich die Bürger darüber im klaren, daß nicht Wachstum und die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes die Arbeitslosigkeit beseitigen werden, sondern nur ein gesellschaftlicher Konsens und aktives politisches Handeln.

Das Bündnis für Arbeit hat einen dritten wichtigen Aspekt. Die Ausgrenzung der sozial Schwachen durch Leistungskürzungen und Sozialabbau muß beendet werden. Wenn den Menschen schon keine Arbeit angeboten werden kann, müssen wenigstens die Transferleistungen so bemessen sein, daß sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Die Gewerkschaften wollen damit einen Trend der aktuellen Politik stoppen. Die staatliche Politik setzt auf „Druck“, weil angeblich die „Arbeitsbereitschaft“ gestärkt werden muß. Druck heißt in diesem Fall Leistungskürzungen, Absenkung der Zumutbarkeit für die Annahme von Arbeit und Ausgrenzung aus den Sozialversicherungssystemen. Damit werden die Probleme nicht gelöst, weil entsprechend keine Arbeitsplätze vorhanden sind.

Die Armen haben fast keine Lobby. Armut ist im Verborgenen, weil die Menschen sich zurückziehen und soziale Kontakte abbrechen. Ihre objektiven Lebenschancen sind stark eingeschränkt.

„Die im Dunkeln sieht man nicht“, heißt es schon bei Bert Brecht. Versöhnung in dieser Zeit heißt deswegen, gerade diese Menschen verstärkt ins Blickfeld zu rücken. Kirche und Gewerkschaften haben hier eine gemeinsame Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Die ökumenischen Konferenzen in Erfurt und Graz

VON KLAUS LEFRINGHAUSEN

Wer dem konziliaren Prozeß den Erschöpfungstod voraussagte, reibt sich verwundert die Augen: Er zeigt neue Vitalität und wagt gar einen Doppelschritt nach vorn:

1. Die Erfurter Ökumenische Versammlung wird sich vom 13. bis 16. Juni 1996 unter dem Motto „Versöhnung suchen – Leben gewinnen“ vor allem den innenpolitischen Aufgaben der Entfeindung stellen.

2. Die Europäische Ökumenische Versammlung tagt im Juni 1997 in Graz unter dem Leitwort „Versöhnung: Geschenk Gottes und Quelle neuen Lebens“. Sie wird sich mit den Turbulenzen zwischen osteuropäischen Ethnien, Konfessionen und Religionen, mit der West-Ost-Wohlstandsmauer, mit der Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union und mit der Ostausdehnung der NATO befassen.